

11.10.2016

Den gesellschaftlichen Rollback hält man nicht auf, in dem man nachgibt

Haltung zeigen statt Toleranz für Homophobie einzufordern

Anlässlich der Debatte um einen Artikel des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann in der Wochenzeitung der Zeit erklärt **Axel Hochrein, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD)**:

Selbstbestimmt, offen und diskriminierungsfrei - eine demokratische Gesellschaft muss es allen Menschen ermöglichen, jederzeit und an jedem Ort ohne Angst verschieden sein zu können. In Deutschland ist das für Lesben und Schwule nicht möglich. So finden es 40% der Menschen in Deutschland eklig, wenn sich zwei Homosexuelle küssen. Mit teils abenteuerlichen Begründungen wird das Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare seit Jahrzehnten verteidigt und regelmäßig darauf beharrt, dass lesbische und schwule Liebe und Beziehungen einfach nicht so viel wert seien wie die heterosexuelle Paare. Permanent wird in Frage gestellt, ob Schule ein Ort sei, an dem Lehrkräfte für die Akzeptanz von Vielfalt eintreten. Munter wird regelmäßig dafür demonstriert, dass Kinder und Jugendliche weiterhin vor Lesben und Schwulen zu schützen seien. Regelmäßig wird Homosexualität diffamiert und abgewertet, sei es mit Verweis auf Religion, Natur oder obskuren „Studien“.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir Politiker*innen, die gleiche Rechte einfordern und Vielfalt und Respekt verteidigen. Statt bestenfalls missverständlicher und schlimmstenfalls böswilliger Gegenüberstellung von individualistischen oder egoistischen Lesben und Schwulen einerseits und der „klassischen Ehe“ andererseits. Kretschmann hat zwar inzwischen sein Eintreten für die Ehe für Alle bekräftigt, ein unangenehmer Beigeschmack bleibt dennoch.

Den gesellschaftlichen Rollback hält man nicht auf, indem man Verständnis und Toleranz für homophobe Positionen erwartet. So ist ein Kommentar des Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer eine dreiste Unverschämtheit. Palmer verglich Kritiker*innen der grenzwertigen Passage im Artikel Kretschmanns mit Jakobinern, sprich einer Terrorherrschaft, die Tausende hinrichten ließ. Solche Parolen kennt man eher aus anderen politischen Lagern. Statt missverständliche Zwischenrufe und überflüssige Kommentare sollten sich die Grünen in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland weiterhin als Motor für gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung verstehen und für eine pluralistische und offene Gesellschaft eintreten. Ohne Wenn und Aber.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778

Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de

Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.